

1 Leitantrag der SPD Dresden

2

### 3 **Unser Land gerecht erneuern – für ein solidarisches Dresden**

4

5 Beschlossen am 19. Mai 2017 bei der Mitgliederversammlung der SPD Dresden

6 *[Ergebnis: einstimmig Annahme bei zwei Enthaltungen]*

7

8

9 Dresden wächst – wir sind Geburtenhauptstadt. Die Menschen leben gerne in der  
10 Landeshauptstadt. Darüber hinaus ziehen mehr und mehr Menschen zu uns.

11

12 Dresden ist Bildungs- und Kulturstadt - wir investieren in Bildungseinrichtungen und haben  
13 eine beeindruckende Anzahl an Museen, Kunst- und Kunsteinrichtungen.

14

15 Dresden soll Europäische Kulturhauptstadt 2025 werden, dazu muss der Europäische Geist  
16 und Zusammenhalt stärker belebt werden, vor allem von einem kulturellen statt rein  
17 ökonomischen Blickwinkel.

18

19 Dresdens Wirtschaft ist stabil - wir sind mit der hiesigen Chipindustrie Motor des Silicon  
20 Saxony. Die Hochschul- und Forschungslandschaft – im Zentrum die Exzellenzuniversität TU  
21 Dresden – prägt unsere Stadt als Hort der Lehre und Innovation.

22

23 Und Dresden ist Sportstadt - mit den Volleyball-Frauen des DSC, den Eishockeyspielern der  
24 Eislöwen und Dynamo Dresden hat die Landeshauptstadt mehrere bundesweit erfolgreiche  
25 Sportvereine. Darüber hinaus besteht eine Vielzahl weiterer Sportvereine und Sportgruppen,  
26 die Dresden aktiv bleiben lassen.

27

28 Dresden ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität, in der es sich gut und fast immer sicher leben  
29 lässt. Das Wachstum ist ein Ausdruck dieser Attraktivität. Aber, diese positiven Entwicklungen  
30 gehen einher mit einigen Herausforderungen.

31

32 Seit mittlerweile über zweieinhalb Jahren ist Dresden mit der fremdenfeindlichen Pegida-  
33 Bewegung konfrontiert. Auch wenn die Zahl der regelmäßigen Teilnehmerinnen und  
34 Teilnehmer stark zurückgegangen ist, wurde das gesellschaftliche Klima in unserer Stadt  
35 nachhaltig vergiftet. Die Zunahme rassistischer Gewaltakte und das ramponierte Image  
36 Dresdens sind direkte Folgen.

37

38 Doch auch auf anderen Ebenen besteht noch Handlungsbedarf: Die Löhne und Gehälter sind  
39 real über viele Jahre kaum gestiegen. Die Folge ist, dass die Arbeitnehmerinnen und  
40 Arbeitnehmer vom Aufschwung noch viel zu wenig profitiert haben, dabei sind sie die  
41 Leistungsträger unseres Landes. Wir brauchen eine Politik, die die arbeitenden Menschen und  
42 ihre Familien wieder in den Mittelpunkt rückt und sich um „Gute Arbeit“ kümmert. Dazu  
43 gehört auch, dass alle am Aufschwung des Arbeitsmarktes teilhaben können:

44

45 Noch immer sind fast 20.000 Menschen arbeitssuchend oder auf die Grundsicherung  
46 angewiesen. Von diesen Menschen sind wiederum 38 Prozent langzeitarbeitslos. Diesen  
47 Zustand wollen wir nicht hinnehmen.

48

49 Auch in Dresden haben seit der politischen Wende nicht wenige Menschen das stabile  
50 Fundament verloren welches sie wirtschaftlich und sozial absichert. Dies geht einher mit dem  
51 Verlust auf die Chance der gesellschaftlichen Teilhabe. Die Folgen sind soziale und  
52 gesellschaftliche Spaltung und zumindest die Tendenz zur Vertiefung dieses Grabens im  
53 Miteinander unserer Stadtgesellschaft.

54

55 Insbesondere die Jahre nach der politischen Wende haben mit dazu beigetragen, dass  
56 Menschen sich von der neuen Wirtschafts- und der neuen Werteordnung nicht mehr  
57 mitgenommen gefühlt haben. Die gefühlte Entwurzelung aus dem bekannten Umfeld, ggf. in  
58 Kombination mit Arbeitsplatzverlust oder Branchenwechsel haben nicht dazu beigetragen,  
59 dass alle sich in der neuen Freiheit wiederfinden konnten.

60

61 Zudem sind viele Menschen in Vorleistung gegangen, indem sie anfänglich  
62 Arbeitsbedingungen hingenommen haben, die nicht den Standards des Westens entsprachen.  
63 Dies spiegelt sich heute u.a. im Lohngefüge, den Rentenansprüchen und einem nach wie vor  
64 starkausgeprägten Niedriglohnssektor wieder. Dieser Ausprägung und Entwicklung müssen wir  
65 auch in Dresden begegnen.

66

67 Auch das Wachstum unserer Stadt stellt uns vor eine Herausforderung. Steigende  
68 Geburtenzahlen gehen einher mit einem massiven Mehrbedarf an Kita-Plätzen und gut  
69 ausgestatteten Schulen. Der Zuzug vieler Menschen verknüpft den Markt an erschwinglichen  
70 Wohnungen immer mehr. Dresden hat ein Wohnungsproblem.

71

72 Wenn die Attraktivität der Metropole an der Elbe erhalten bleiben soll, muss insbesondere  
73 auch in diesem Zusammenhang jetzt umgesteuert werden, um den Bedingungen einer  
74 wachsenden Stadt gerecht zu werden. Dies schließt auch die Investition in Infrastruktur und  
75 Umfeld ein.

76

77 Die SPD hat in der Großen Koalition seit 2013 einiges durchgesetzt, um das gesellschaftliche  
78 Miteinander zu stärken. Für die Menschen in Dresden und Sachsen waren vor allem folgende  
79 Projekte von zentraler Bedeutung:

80

81       ▪ In ganz Deutschland gilt nun ein **einheitlicher, gesetzlicher Mindestlohn** von aktuell  
82 8,84 €. In Sachsen haben 250.000 Menschen dadurch mehr Geld in der Tasche.

83

84       ▪ Der Bundestag hat endlich ein **einheitliches Rentenrecht** auf den Weg gebracht. Ab  
85 2025 gibt es keinen Rentenwert Ost mehr, der niedriger ist als der im Westen. Es ist  
86 einzig der SPD zu verdanken, dass die Rente der Menschen in Ost und West nun nach  
87 den gleichen Maßstäben berechnet wird.

88

89       ▪ Der Staat lässt Alleinerziehende endlich nicht mehr im Regen stehen, wenn das  
90 abwesende Elternteil nicht mehr zahlt. Der **Unterhaltsvorschuss** wird dank SPD-  
91 Familienministerin Manuela Schwesig länger als sechs Jahre und bis zum 18.  
92 Lebensjahr gezahlt.

93

94       ▪ Ebenfalls von SPD-Familienministerin Manuela Schwesig stammt die **Einführung des**  
95 **ElterngeldPlus**, dass es beiden Elternteilen nach dem gesetzlichen Mutterschutz

96 ermöglicht, sich zu gleichen Teilen um ihr kleines Kind zu kümmern und daneben in  
97 Teilzeit zu arbeiten.

98  
99 ■ Die SPD hat endlich ein **Lohn gerechtigkeitsgesetz** durchgesetzt, sodass Beschäftigte  
100 erstmals Auskunft darüber verlangen können, was Kolleginnen und Kollegen in  
101 gleichwertigen Positionen im Durchschnitt verdienen. Dies hilft insbesondere Frauen,  
102 ihr Recht auf gleiche Bezahlung endlich durchzusetzen.

103  
104 ■ Die Dresdner Hochtechnologie profitiert vom SPD-geführten Wirtschaftsministerium.  
105 Dank des **Investitionsprogramms Mikroelektronik** fließen Investitionen in Höhe von  
106 3,3 Milliarden Euro in gut bezahlte und innovative Arbeitsplätze nach Deutschland, von  
107 denen ein guter Teil nach Dresden gehen wird. Gerade als Dresdnerinnen und  
108 Dresdner können wir froh sein, dass die Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie für  
109 den gesamten Kontinent nun in bestimmten Fällen vom EU - Beihilferecht  
110 ausgenommen ist. Somit sorgt die SPD auch dafür, dass die Mikroelektronik als  
111 Zukunftsbranche der Digitalisierung hier in Europa bleibt.

112  
113 In diesen Bereichen hat die SPD das Land vorangebracht. Trotzdem gibt es einige wichtige  
114 Themen, bei denen die Union den gesellschaftlichen Fortschritt immer noch blockiert:

115  
116 ■ Die **Ehe für alle** lehnt die Union weiter ab. Den fertigen Gesetzentwurf hat sie in  
117 diesem Frühjahr gestoppt. Gleiche Rechte für gleiche Liebe wollen die Konservativen  
118 nicht gewähren. Damit verwehren sie gleichgeschlechtlichen Paaren und Familien  
119 auch in Dresden weiter elementare Grundrechte.

120  
121 ■ Das **Rückkehrrecht in Vollzeit für Teilzeitbeschäftigte** lehnt die Union weiter ab – trotz  
122 Absprachen im Koalitionsvertrag. 28 Prozent der Beschäftigten in Dresden arbeiten in  
123 Teilzeit, viele wollen wieder in eine Vollzeittätigkeit zurückkehren. Doch CDU und CSU  
124 sorgen dafür, dass insbesondere Frauen weiter in der Teilzeitfalle hängen bleiben.  
125 Denn oft heißt es: Einmal Teilzeit, immer Teilzeit. Wir, die SPD, halten daran fest, dass  
126 Berufstätigen in Teilzeit dieses Recht zustehen soll.

127  
128 ■ Mit der **Einführung der Familienarbeitszeit** und des **Familiengeldes** wird Eltern die  
129 partnerschaftliche Aufteilung der Kindererziehung und Arbeit ermöglicht. Das gleiche  
130 muss für die partnerschaftliche Aufteilung der Pflege von Familienangehörigen gelten.

131  
132 ■ Obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt, profitieren rund eine Million Langzeitarbeitslose zu  
133 wenig davon. In Dresden sind etwa 7.600 Personen langzeitarbeitslos, das sind 38  
134 Prozent aller arbeitslosen Dresdnerinnen und Dresdner. Hier muss ein sozialer  
135 Arbeitsmarkt ansetzen. Mit dem Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ hat  
136 SPD-Arbeitsministerin Andrea Nahles endlich wieder ein **Bundesprogramm gegen**  
137 **Langzeitarbeitslosigkeit** aufgesetzt. Die Union hat dieses kluge Programm klein  
138 gehalten. Diese Blockade der Union können auch kluge Landesprogramme wie das des  
139 SPD-geführten sächsischen Arbeitsministeriums nicht komplett überwinden. Deshalb  
140 brauchen wir einen echten sozialen Arbeitsmarkt der vielen Betroffenen hilft.

141  
142 ■ Wer sein ganzes Leben gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss mehr  
143 Rente erhalten als die Grundsicherung. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit und des

144 Vertrauens in unsere Sozialversicherungen. Durch die Turbulenzen nach der Wende  
145 und die Niedriglohnpolitik der CDU haben gerade viele Sachsen nur wenig in die  
146 Rentenkasse einzahlen können. Ihnen droht Altersarmut. Für diese Menschen wäre  
147 eine **Solidarrente**, die mindesten 10 Prozent über der ortsüblichen Grundsicherung  
148 liegt, eine verdiente Anerkennung. Die CDU lehnt sie immer noch ab.

149  
150 ■ Dies ist umso notwendiger, weil die gesetzliche Rente im Osten vielfach die einzige  
151 Einkommensquelle im Alter ist. Eine Absenkung der Rentenhöhe trifft ältere Menschen  
152 in unserer Region umso härter. Deswegen wollen wir mittelfristig wieder ein  
153 **Rentenniveau von 50 Prozent** gewährleisten. Außerdem wollen wir den Einstieg in die  
154 Erwerbstätigenversicherung schaffen.

155  
156 ■ Auf deutlich breitere Füße wollen wir auch die Krankenversicherung stellen: Wir  
157 streben eine solidarische und paritätisch finanzierte **Bürgerversicherung** für alle  
158 Menschen an, die das bisherige System aus gesetzlicher und privater  
159 Krankenversicherung ablöst. Dabei werden wir die besonderen Problemlagen von  
160 bisher privat versicherten Beamtinnen und Beamten sowie von Selbständigen  
161 natürlich beachten.

162  
163 ■ Junge Menschen sollten uns gleich viel wert sein, ob sie nun eine Ausbildung machen  
164 oder studieren. Wir setzen uns für eine **bundesweit einheitliche Mindest-**  
165 **Auszubildendenvergütung** ein. Sie sollte sich im dritten Lehrjahr am BAföG-Höchstsatz  
166 orientieren. Das schafft mehr Gerechtigkeit auf vielen Ebenen und hilft den  
167 Lehrlingsmangel zu verringern.

168  
169 ■ Wir wenden uns dagegen, die aktuell gute Einnahmesituation des Staates durch  
170 Steuergeschenke an Reiche zu verjubeln. Eine Steuerreform darf nicht zu  
171 Einnahmeausfällen führen, weil wir für Investitionen in Bildung, Infrastruktur und  
172 Breitbandausbau dringend Mittel brauchen. Stattdessen sollte eine **Entlastung der**  
173 **unteren und mittleren Einkommen durch höhere Erbschaftssteuern oder die**  
174 **Einführung der Vermögenssteuer** gegenfinanziert werden. Die Menschen im Osten  
175 wären davon kaum betroffen und bestehende Ungerechtigkeiten würden verringert  
176 werden.

177  
178 ■ Dresden muss als wachsende Stadt mit hohen Geburtenzahlen in den kommenden  
179 Jahren weiter kräftig in den Bau und die Sanierung von Schulen investieren. Auch wenn  
180 die Stadt in sehr erheblichem Maße eigene Mittel in die Hand nimmt, sind 650  
181 Millionen Euro Investitionen nicht alleine zu stemmen. Daher muss der Bund sein  
182 vorgesehenes **Programm für den Schulhausbau** auch für wachsende und finanziell  
183 solide aufgestellte Städte wie Dresden öffnen.

184  
185 ■ Auch im Bereich der Wohnungspolitik besteht erheblicher Handlungsbedarf: Wohnen  
186 wird insbesondere in größeren Städten wie Dresden immer teurer. Der **Bau neuer**  
187 **Sozialwohnungen** muss auch nach 2019 eine echte Gemeinschaftsaufgabe von Bund  
188 und Ländern bleiben. Einen Rückzug des Bundes aus der sozialen Wohnraumförderung  
189 darf es nicht geben. Stattdessen streben wir eine weitere Erhöhung der Fördersumme,  
190 eine inhaltliche Mitsprache des Bundes und eine stärkere Fokussierung auf die  
191 Problemlagen stark wachsender Regionen an. Weiterhin wollen wir das Wohngeld

192 endlich regelmäßig an die Preisentwicklung anpassen und eine **neue**  
193 **Wohnungsgemeinnützigkeit** einführen. Auch **alten- und behindertengerechtes**  
194 **Wohnen** muss noch stärker in den politischen Fokus rücken.

195  
196 ■ Für Dresden als wachsende Großstadt ist der **Ausbau des öffentlichen**  
197 **Personennahverkehrs** ebenso von essentieller Bedeutung. Der Bund kommt hier  
198 seiner Verantwortung für die Kommunen bisher nur unzureichend nach. Die  
199 Zahlungen aus dem **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** werden nun zwar auch  
200 nach 2019 fortgeführt, jedoch muss die seit 1997 unverändert hohe Förderung endlich  
201 spürbar erhöht werden.

202  
203 ■ Die mangelhafte Bahnanbindung von Dresden ist schon seit vielen Jahren ein großes  
204 Ärgernis. Auch wenn sich Richtung Berlin spürbare Verbesserungen andeuten, steht  
205 Dresden beispielhaft für viele Regionen vor allem in den Randlagen der  
206 Bundesrepublik. Langlaufende Verbindungen wurden gekappt und die Länder müssen  
207 mit Nahverkehrsgeldern einspringen. Wir unterstützen daher die Bemühungen des  
208 Bundesrates, einen **bundesweiten Schienenpersonenfernverkehrsplan** zu entwickeln,  
209 der die Mindestbedienung von bestimmten Verbindungen als Aufgabe der  
210 Daseinsvorsorge definiert. Die Sachsen-Franken-Magistrale und die Strecke Dresden-  
211 Wrocław könnten davon ganz maßgeblich profitieren.

212  
213 ■ Wir setzen uns für eine **Neuregelung der Hochschulfinanzierung** ein. Wichtigstes Ziel  
214 ist für uns eine hinreichende dauerhafte Grundfinanzierung von Lehre und Forschung.  
215 Daran soll neben den Ländern auch der Bund beteiligt sein. Spitzenförderung und  
216 befristete Mittel sollen dabei lediglich eine Ergänzung bzw. Ausnahme sein, um die  
217 Funktionsfähigkeit des Hochschulsystems in Deutschland zu gewährleisten.

218  
219 ■ Als Kind und wesentliche Mitgestalterin der friedlichen Revolution ist sich die Dresdner  
220 SPD schon immer dem Wert der Freiheit bewusst. Wir werden uns auch weiterhin für  
221 ein gesundes Verhältnis von Freiheit und Sicherheit einsetzen. Einerseits hat das  
222 Bedürfnis nach ausreichend öffentlicher Sicherheit in den letzten Jahren an Bedeutung  
223 gewonnen. Der Abbau von Polizeistellen in Bund und den Ländern hat in den letzten  
224 10 Jahren maßgeblich dazu beigetragen. Dieser Trend muss umgekehrt werden. In  
225 Bund und Ländern müssen in den kommenden Jahren wieder mehr Polizistinnen und  
226 Polizisten ausgebildet werden. So wird es in Sachsen 1000 zusätzliche Polizisten geben.  
227 Wir stehen für einen wehrhaften Rechtsstaat, dessen Sicherheitsbehörden und  
228 Beschäftigte gut ausgebildet sowie technisch und personell sachgerecht ausgestattet  
229 sind. Andererseits sehen wir Gesetzesverschärfungen nach wie vor kritisch und lehnen  
230 übertriebene Mittel wie z.B. die Vorratsdatenspeicherung, den flächendeckenden  
231 Einsatz von Videoüberwachung und reflexhafte und unverhältnismäßige  
232 Gesetzesverschärfungen, wie z. B. bei der Telekommunikationsüberwachung ab.

233  
234 ■ Ebenso entschieden wenden wir uns gegen die immer wiederkehrenden Versuche von  
235 AfD & Co, aber auch von Teilen der Union, das Thema Asyl auf Rücken Schutzsuchender  
236 populistisch auszuschlachten. Anstatt immer wieder neue Gesetzesverschärfungen zu  
237 forcieren, sollte der Bund engagierte Kommunen wie Dresden bei ihren  
238 Integrationsbemühungen finanziell stärker unterstützen. Eine inhumane Asylpolitik,  
239 die auf Abschiebungen in unsichere Länder wie z.B. Afghanistan setzt, lehnen wir als

240 SPD Dresden nach wie vor ab. Das **Asylrecht muss ein Individualrecht** bleiben. Daher  
241 sehen wir das Mittel der sogenannten "sicheren Herkunftsstaaten" nach wie vor  
242 kritisch.

243

244 ■ Die Teilhabe möglichst aller Menschen am gesellschaftlichen Leben ist für uns als  
245 Dresdner SPD in den vergangenen Jahren zu einem immer wichtigeren Thema  
246 geworden. Damit diese Forderung Realität werden kann, setzen wir uns auf  
247 Bundesebene dafür ein, das **Bundesteilhabegesetz zu überarbeiten**. So muss die **UN-**  
248 **Behindertenrechtskonvention wirklich konsequent umgesetzt** und die  
249 Besonderheiten im Bildungsverlauf von Menschen mit Behinderung besser  
250 berücksichtigt werden. Ebenso wollen wir bestehende **Wahlrechtsausschlüsse** von  
251 Menschen mit Behinderungen im Bundeswahlgesetz nach dem Vorbild von Nordrhein-  
252 Westfalen **abschaffen**.

253

254 ■ Wir setzen uns für ein **Umdenken in der Drogenpolitik** ein. Die bisherige strenge  
255 Verfolgung von Konsumentinnen und Konsumenten sowie Händlerinnen und Händlern  
256 hat nicht zur gewünschten Reduktion des Drogenkonsums geführt. Insbesondere die  
257 Legalisierung des Besitzes von Cannabis und Cannabisprodukten in für den  
258 Eigenbedarf üblichen Mengen wollen wir voranbringen. Zusätzliche Steuereinnahmen  
259 durch staatlichen kontrollierten Handel sollen für den Ausbau der Drogenprävention,  
260 die Durchsetzung des Jugendschutzes und die Suchthilfe verwendet werden.

261

262 ■ Familien, in denen Menschen mit Behinderungen die Elternrolle zufällt, stehen vor  
263 besonderen Herausforderungen. Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass die **Familie-**  
264 **und hauswirtschaftliche Hilfe ausgebaut** und diesem besonderen Bedarf gerecht wird.

265

266 Viele dieser Themen werden sich im Entwurf des SPD-Regierungsprogramm befinden, bei  
267 allen anderen werden wir uns dafür einsetzen, dass sie aufgenommen werden. Doch  
268 entscheidend ist letztendlich, die SPD zur stärksten Partei und Martin Schulz zum Kanzler zu  
269 machen. Nur so können wir einen wirklichen Politikwechsel erreichen.